Wir können es stoppen!

Klinikdiebstahl, schlechte Arbeitsbedingungen und Steuergeldverschwendung!

Die traurige Geschichte des Ortenau Klinikums:

Erweiterte Version

EINLEITENDE WORTE

Dies ist die zweite Broschüre über die zahlreichen Skandale am und um das Ortenau Klinikum sowie der politischen Entscheidungen zur Schließung von 4 Krankenhäusern im Ortenaukreis. Wer Interesse an der ersten Version hat, kann gerne an gute-gesundheit-fuer-alle@web.de eine Mail schreiben.
Dennoch wollen wir hier kurz eine Zusammenfassung der Ereignisse bis ins Jahr 2020 geben, um dann die Zeit während der Pandemie zu beleuchten.

Zunächst sei aber erwähnt, dass es bei der Debatte um die Klinikschließungen entgegen etlichen Pressemeldungen weder darum geht, irgendwie Geld zu sparen, noch wird die Versorgung eines Großteils der Bevölkerung dadurch maßgeblich verbessert. Im Gegenteil. **Steuergelder werden verbrannt,** indem man saniert, abreißt und unnötiges Beratungspersonal sowie teure Direktor:innen einstellt. Gleichzeitig wird die ortsnahe Gesundheits- und Notfallversorgung durch ständigen Umbau, Abbau und Weggang von Fachpersonal (aufgrund von unklaren Verhältnissen, wie es weiter geht) verschlechtert.

Hieß es zu Beginn der Debatte, die Klinikschließungen und der Bau einer Krankenhausfabrik kosten uns ca. 500 Millionen €, stiegen die Kosten schnell auf 726 Millionen, um dann schon kurze Zeit später bei offiziell 1,3 Mrd. € zu stehen. Heute ist klar, die sogenannte „Agenda2030“ der Kreisverwaltung, wird uns mindestens 1.500.000.000€ **(1,5 Mrd. €)** kosten. Gleichzeitig wird mit dieser „Reform“, die Privatisierung der Kliniken vorbereitet. Auch wenn die Politiker:innen ständig betonen, dass das nicht der Fall wäre, wollen wir in dieser Broschüre erklären, warum die Privatisierung uns letzten Endes doch einholen wird. Für uns Steuerzahler:innen wäre das fatal, denn während wir immer geringere Renten erhalten, eine schlechtere Gesundheitsversorgung bekommen und höhere Mieten zahlen, stopfen sich Mediclin, Helios oder Celenius **unser Geld** in die Taschen. Bzw. es wird ihnen u.a. von unseren Kreisrät:innen bereitwillig serviert. Dabei ist vielen aber noch nicht einmal bewusst, was sie eigentlich abstimmen.

INHALTSVERZEICHNIS

- **Prolog – Was bisher geschah** 1.
- **Ungehörter Hilferuf der Pflegekräfte** 3.
- **Repression, Manipulation und der Umgang mit Kritiker:innen** 6.
- **Klinikschließung in der Pandemie** 11.
- **Krankenhaus weg? Was kommt stattdessen?** 19.
- **Was bedeutet der Rechtsformwechsel?** 21.

Die Lügen der Verwaltung 24.

- **Unsere Vorschläge für eine gute wohnortnahe Gesundheitsversorgung für alle!** 25.
- **Abschließende Worte** 28.

PROLOG - WAS BISHER GESCHAH

Die Debatte um die Klinikschließungen in der Ortenau geht weit über das Jahr 2017 zurück. Schon 2001 gab es Diskussionen darüber, dass das Klinikdefizit zu hoch sei und anstatt 9 Kliniken nur noch 3 existieren sollten. Damals konnte diese Debatte aber durch eine breite Front aus Gewerkschaften und empörter Bevölkerung verhindert werden. 2014 hieß es dann sogar in einem Gutachten, dass alle Kliniken dringend im Ortenaukreis gebraucht und ausgebaut werden sollten.

2016 kam dann aber der Geschäftsführerwechsel. Christian Keller, Gründer einer Beratungsgesellschaft (CMK) für Krankenhäuser, betrat die Bühne und wurde Klinikgeschäftsführer. So verging auch kaum ein Jahr, bis es plötzlich hieß, das Defizit des Ortenau Klinikums sei viel zu hoch. Mit fragwürdigen Geschäftsberichten, die Steuerberater:innen die Nackenhaare aufstellen, versuchte er die Kreisrät:innen zu überzeugen, dass hier dringend Änderungen vorgenommen werden müssen. Vorgeschlagen wurde dem Kreistag, dass man eine Gutachterfirma beauftragt, die eine Zukunftsperspektive entwickelt. Geschäftsführer Keller und Landrat Scherer schlugen hierfür die CMK vor. Diese Beratungsgesellschaft kam, wie könnte es auch anders sein, genau zum gleichen Ergebnis wie Christian Keller. Viele Kreisrät:innen erfuhren erst im Nachhinein davon, dass Keller diese Firma selbst mitgegründet hatte, weshalb ein zweites Gutachten in Auftrag gegeben wurde.

Salamitaktik

Aber auch dieses kam zum Schluss, dass es nur noch 3 oder 4 Kliniken geben sollte. Außer man **erhöht** die **Kreisumlage um ca. 2%**, dann könnte man **alle Kliniken erhalten.** Vor allem die Bürgermeister:innen waren an einer Erhöhung der Kreisumlage nicht interessiert, denn das ist die Abgabe, die die Kommunen an den Kreis leisten müssen. So wurde erst Gengenbach geschlossen und dann die Absichtserklärung der Agenda2030 abgestimmt. Diese sieht vor, bis 2030 auch Kehl, Ettenheim und Oberkirch zu schließen. Um den Kreisrät:innen die Abstimmung leichter zu machen,

beschloss man eine Überprüfungsklausel, von der heute keiner mehr etwas hören will. Auch das Versprechen, dass die drei Kliniken mindestens bis 2030 offen bleiben, ist heute längst vergessen.

Die Badische Zeitung, das Offenburger Tageblatt sowie der Achern Bühler Bote schreiben am 19.05.2021, die Ortenauer:innen seien zum Großteil mit den Klinikschließungen einverstanden. Das deckt sich **nicht** mit unseren Erfahrungen. Allein über 40.000 Unterschriften konnten in den betroffenen Städten gesammelt werden. Aber dennoch muss man der Zeitung recht geben, offen auf Demonstrationen oder bei anderen Formen des Protests zeigt sich der Widerstand nur bedingt. Deshalb versuchen wir auch mit dieser Broschüre noch einmal die **Warnung an die Bevölkerung** auszugeben: Es geht um deine/Ihre/unsere Gesundheit, es geht um die ortsnahe Notfallversorgung und es geht um unsere Steuergelder, die verbrannt werden, obwohl wir sie für Pflegepersonal und den Erhalt sowie Ausbau der Kliniken bräuchten.

CDU, SPD, GRÜNE und FDP
zerstören unsere Gesundheitsversorgung!

Fallpauschalen

Privatisierungswahn

Klinikabbau

UNGEHÖRTER HILFERUF DER PFLEGEKRÄFTE

Spätestens seit der Corona Pandemie, ob man nun glaubt, das Virus sei gefährlich oder nicht, dürfte jedem klar sein, unser Gesundheitssystem ist am Limit. Auch dürfte klar sein, wäre dieses System besser aufgestellt gewesen, wären wir wesentlich leichter durch die Krise gekommen.
Stattdessen ist die **Kündigungsquote** von 2019 auf 2020 beim Ortenau Klinikum **um ca. 28% angestiegen**, es gab Corona Ausbrüche in den Kliniken und der Kreistag beschließt mitten in der dritten Welle die Schließung des Oberkircher Standorts.

Doch beginnen wir dort, wo unsere letzte Broschüre aufgehört hat. Im Mai 2020, nachdem sich zahlreiche Pflegekräfte in den sozialen Medien über die Arbeitsbedingungen, fehlende Schutzausrüstung und Nichteinhaltung von Pausenzeiten beschwert haben. Daraufhin erteilte die Klinikgeschäftsführung den Mitarbeiter:innen einen Maulkorb. Wer sich öffentlich negativ über das Klinikum äußere, müsse mit **Abmahnung** oder gar **Kündigung** rechnen. Ebenso sprach sich der Kreis gegen eine Prämie für alle Pflegekräfte in Höhe von 1.500€ aus. Einige Politiker:innen debattierten sogar darüber, ob diese Prämie überhaupt verdient wäre, da viele Pflegekräfte angeblich nur aus dem Fenster geschaut hätten. Von Wertschätzung wenig Spur.

Schlechte Sicherheitsstandards
Viele Mitarbeiter:innen, egal ob Ärzt:innen, Pfleger:innen oder Reinigungs-/Hilfskräfte, steckten sich mit dem Corona Virus an. Sie arbeiteten alle am Limit. Einen großen Ausbruch gab es u.a. Anfang des Jahres 2021 am Lahrer Klinikstandort. Mitarbeiter:innen berichteten, dass dies vor allem an unzureichenden Schutzkonzepten lag. Ebenfalls gab es kleinere Ausbrüche in Ettenheim, Offenburg und Kehl. Zu Beginn wurden Mitarbeiter:innen bei Verdacht noch gar nicht nach Hause geschickt, sondern man behielt sie bis zum positiven Ergebnis im Klinikum.
Wöchentliche Tests gab es auch erst auf Nachfrage der LiLO Kreisrätin Jana Schwab, die sich in mehreren Anfragen über die Zustände beschwerte. Dazu gehörte auch, dass **Schutzmasken anfangs mehrfach verwendet** und in Alkohol eingelegt werden sollten.

Nach der zweiten Welle meldeten sich 9 Pflegekräfte aus verschiedenen Standorten bei der Presse, um über die Probleme und Skandale am Ortenau Klinikum auszupacken. Sie berichteten von **Überwachung** durch die IT-Abteilung, **mangelnde Wertschätzung,** Druck von Vorgesetzten und einem Klima der Angst. Die meisten von ihnen sprachen davon, dass sie demnächst wie viele weitere Kolleg:innen kündigen würden, sollte sich die Situation nicht verbessern. Die Klinikgeschäftsführung und die Kreisrät:innen taten diesen Hilferuf damit ab, dass es lediglich nur 9 Mitarbeiter:innen und diese somit nicht repräsentativ seien. Doch zur Erinnerung, 2020 wurde den Pflegekräften mit Kündigung gedroht, sollten sie öffentlich negativ über den Arbeitgeber sprechen. Kein Wunder also, dass sich nur 9 trauten, damit an die Öffentlichkeit zu gehen.

Bei einer Mahnwache am Klinikum Ebertplatz in Offenburg, teilten weit über die Hälfte der Auszubildenden des dritten Lehrjahres mit, dass sie mit großer Wahrscheinlichkeit nach ihrer Ausbildung nicht mehr am Ortenau Klinikum arbeiten würden. Auch sie erhielten eine E-Mail, dass sie mit **Konsequenzen** zu rechnen hätten, falls sie **mit der Presse sprechen** würden. Dennoch erzählten einige, dass sie teilweise Corona Patient:innen an Beatmungsmaschinen ohne Anleitung alleine betreuen mussten. Sie erzählten auch, dass sie durch den hohen Stress teilweise Medikamente vertauschten, was schlimmstenfalls tödlich enden kann.

Der zunehmend schlechten Presse versucht das Ortenau Klinikum mit einer neuen PR Strategie entgegenzuwirken. Dazu zählt u.a., dass man öffentlichkeitswirksam Obstkörbe an die Pflegekräfte verteilt. Auch wurden die hohen Kündigungszahlen damit relativiert, dass es an anderen Kliniken ja noch schlechter aussähe. Das Klinikum erklärte sogar, dass am Ortenau Klinikum überdurchschnittlich viele Pflegekräfte arbeiten würden.

Dies schien der Klinikgeschäftsführer zum Anlass zu nehmen, um dem Kreistag im Februar 2021 ein weiteres Kürzungsprogramm vorzulegen. Dieses mal sollte vor allem beim Personal „gespart" werden. U.a. im **ärztlichen Bereich fallen 4,1% der Stellen weg,** aber auch **bei Pflegekräften** wird der **Rotstift angesetzt.** Am generellen Umgang mit den Mitarbeiter:innen wollen Kreisrät:innen, Klinikgeschäftsführung und Kreisverwaltung aber nichts ändern, geschweige denn, sich für mehr Mitbestimmung einsetzen. Und so bleibt der bittere Beigeschmack folgender Zahlen, die in der Zukunft wahrscheinlich noch weiter ansteigen:

Kündigungen, unbezahlte Mehrarbeit und Einsparungen
Insgesamt stieg die Zahl aller selbst getätigten Kündigungen (ohne Renten Weggang/Schwangerschaften etc.) am Ortenau Klinikum von 2019 auf 2020 um 27,9% von 243 auf 311 Kündigungen an, davon 113 des Pflegepersonals (entspricht 6,53% des gesamten Pflegepersonals). Bei diesem Tempo wäre die Hälfte der Pflegebelegschaft in ca. 7 ½ Jahren ausgetauscht. Kündigungsquoten, die man eher bei Zalando oder Amazon gewöhnt ist.

Von den philippinischen Kräften, die man 2017 als große Hoffnung gepriesen und extra eingeflogen hat, um den heimischen selbst verursachten Pflegefachkräftemangel zu bekämpfen, haben mittlerweile schon **37,5% gekündigt**. Das sind 24 von 64 Personen.

Im ärztlichen Dienst haben im Jahr 2020 **96 Personen gekündigt.** 2019 waren das noch 63. Also eine Steigerung der Kündigungszahlen um ca. 52%.

Zwar wurden 2020 wieder 523 Personen zusätzlich eingestellt, doch davon lediglich 111 in der Pflege. Das gleicht die Kündigungszahlen zwar einigermaßen aus, jedoch nicht die Menschen, die in Rente gegangen sind oder anderweitig entlassen wurden, geschweige denn

die, die „dauerhaft“ krankgeschrieben sind. Wir erleben also eine weitere Verschärfung der Arbeitsbedingungen.

Pflegekräfte müssen aktuell teilweise mehr als **40 Überstunden** in einem Monat machen. Das heißt eine **8 Stunden Woche zusätzlich** arbeiten im Monat. Ist das nicht schon traurig genug, berichten Beschäftigte am Standort Lahr, dass sie in der Vergangenheit Überstundenzuschläge erst nach Androhung von Rechtsmitteln erhalten haben.

Zu Beginn der ersten Welle der Pandemie wurden mehrere Pflegekräfte auf Abruf nach Hause geschickt. Dadurch bauten diese teilweise bis zu **140 Minusstunden** auf. Obwohl sie arbeiten wollten und auf Abruf waren, also nicht in Urlaub gehen oder sonst was tun konnten, mussten die Mitarbeiter:innen diese Minusstunden aufarbeiten. Fraglich ist, ob am Ortenau Klinikum bis vor kurzem überhaupt Minusstunden gesammelt werden konnten oder diese gestrichen werden müssten. Das Ortenau Klinikum hat nun nach einem Jahr aber bekannt gegeben, dass die Minusstunden gestrichen werden. Viele haben diese aber bereits wieder abgebaut gehabt. Natürlich erhalten die Mitarbeiter:innen für die bereits abgebauten unfreiwilligen „Minusstunden“ keine Gutschrift. Somit wurden **tausende Stunden** an Mehrarbeit dem Ortenau Klinikum **unfreiwillig „geschenkt“.** Wertschätzung sieht anders aus!

REPRESSION, MANIPULATION UND DER UMGANG MIT KRITIKER:INNEN

Wie schon in den Jahren zuvor, kämpft die Kreisverwaltung und ihre Organe mit allen Mitteln gegen Kritiker:innen. So gab es auch im Jahr 2020/21 zahlreiche Vorfälle, die von Einschüchterung durch die Security vor den Kreistagssitzungen, über Anzeigen bis hin zu Gerichtsverfahren gehen.

Da es der Polizei mittlerweile zu lächerlich zu sein scheint, bei jeder Protestaktion mit 10 Leuten vor dem Kreistag zu stehen, hat die Kreisverwaltung schon seit längerem private Security angeheuert. Diese bewachen die Eingänge mit Quarzhandschuhen, Schlagstöcken und teilweise auch Schusswaffen. Wirklich gebraucht wurde die Security bisher nur, um kritischen Zuhörer:innen mitzuteilen, wenn man sich irgendwie falsch verhalte, dass man sofort raus fliege. Auch wurde einem jungen Mann bereits Gewalt angedroht, der lediglich versuchte, die Abstimmung zur Rechtsformumwandlung zu filmen und für die Bürger:innen festzuhalten.

Neue unbequeme Kreisrätin

Im November 2020 gab es einen Wechsel bei den LiLO Kreisrätinnen. Rewsan Öger verließ den Kreistag, Jana Schwab rückte nach. Schwab nutzte ihr neues Mandat, um zahlreiche kritische Fragen zum Krankenhausthema zu stellen. Dies gefiel dem Landrat gar nicht, weshalb er dem Kreistag eine Änderung der Satzung vorschlug, mit der er das Anfragerecht der Kreisrät:innen scharf beschnitten hätte. Anfragen hätte er dann nach Gutdünken ablehnen können. Zum Glück stieß dies auch bei der Mehrheit der gewählten Vertreter:innen auf Ablehnung, weshalb die Änderungen zurückgenommen wurden. Landrat Scherer war bei der Abstimmung über seinen Vorschlag selber nicht da. Er ahnte wohl durch die zahlreichen kritischen Kommentare im Voraus, dass er diese verlieren würde. Dennoch bleibt der bittere Beigeschmack.

Schwab legte bei den Anfragen im neuen Jahr noch einmal nach und forderte u.a., die **Kündigungszahlen** offenzulegen, die wir bereits im letzten Kapitel thematisiert hatten. Der Landrat zögerte die Antwort ganze **12 Wochen** raus. Dann versuchte er diese sogar noch unter Verschwiegenheit zu stellen und sein Mitarbeiter Julian Siefert drohte Frau Schwab ein Ordnungsgeld, sollte sie die Zahlen öffentlich machen. Diese verschickte aber die Antwort an alle Kreisrät:innen, weshalb man dann nicht mehr nachverfolgen konnte, wer nun die Zahlen letztlich veröffentlicht hat. Genehme Anfragen anderer Kreisrät:innen beantwortet der Landrat binnen Tagen. Für unbequeme Anfragen benötigt er 8-12 Wochen.

Die Bevölkerung soll draußen bleiben

Da Scherer und viele Kreisrät:innen die „Emotionalität" in der Bevölkerung in der Schließungsdebatte fürchten und man kritische Stimmen aus der Debatte raus halten will, entwickelten sie eine neue Idee. Nachdem die Änderung des Anfragerechts gescheitert war, schlug die Kreisverwaltung in der nächsten Gesundheits- und Klinik Ausschusssitzung (GKA) im Februar vor, die **Rechtsform** des Ortenau Klinikums zu **ändern.** Was dies genau bedeutet, erläutern wir in einem späteren Kapitel. Die Abstimmung, welche anfangs nichtöffentlich war, gab der Pressesprecher später als einstimmiges Ergebnis an die Presse weiter. Diese war zunächst verwundert und ein Journalist von der Mittelbadischen Presse fragte auch extra noch einmal beim Landratsamt nach, ob dies so stimme. So stand am nächsten Tag in allen Zeitungen, dass selbst die Befürworter des Klinikerhalts für die Rechtsformänderung stimmten. Natürlich war das aber nicht der Fall. Jana Schwab von der Linken Liste Ortenau hatte dagegen gestimmt, genauso wie Maren Seifert (Grüne) und Markus Schilli (Grüne).

Auf Facebook behauptete der Pressesprecher des Landratsamtes Kai Hockenjos, er hätte innerhalb von 18min nach seiner Pressemitteilung eine Korrektur versandt. Bestätigt wurde das von der Presse nicht. So oder so war der Schaden erst einmal angerichtet. Denn viele waren durch diese Falschmeldung enttäuscht und dachten, die Linke Liste hätte den Widerstand aufgegeben.

Steuergelder gegen Kritiker:innen

Weniger nachlässig war die Kreisverwaltung, als die parteiunabhängige LiLO im November 2020 einen Fehler machte. Auf Facebook wurde eine **Entscheidungshilfe** irrtümlich als Dienstanweisung betitelt. Doch nicht nur das störte den Anwalt des Ortenau Klinikums, er wollte gleich den ganzen Post verbieten, obwohl der Inhalt der Entscheidungshilfe nicht falsch wiedergegeben wurde. Erfreulicherweise lehnte das Gericht dann die Klage auch ab. Man kann davon ausgehen, dass das Klinikum kein Interesse daran hatte, dass die Inhalte dieser Entscheidungshilfe weiter Runden in der Öffentlichkeit macht. So wurde darin Mitarbeiter:innen empfohlen, bei besonders stressigen Schichten u.a. die **Gesprächsdauer** mit den Patient:innen zu **reduzieren,** Bettpfannen statt Toilettengänge zu nutzen, die **Anzahl der Mobilisierung** von Bettlägigen zu **verringern,** nicht mehr zu rasieren und Bettwäsche nur noch bei Verschmutzung zu

wechseln. Dies sind nur etwa die Hälfte der Empfehlungen. Kritisiert wurde vom Anwalt des Ortenaukreises auch, dass man versucht hat, diese Zustände als Normalzustand darzustellen. Die Entscheidungshilfe aber lediglich für außerordentliche Zeiten da sei. Die Frage für uns stellt sich aber, befindet sich die Pflege nicht seit Jahren in außerordentlichen Zeiten? Für uns ist das noch lange keinen Grund ‚Menschen so unwürdig zu behandeln. Viele ehemalige Patient:innen und Pflegekräfte bestätigten dann u.a. auch, dass Betten und Bettwäsche teilweise erst nach dem **dritten Mal** oder wenn sie starke Verschmutzung aufweist, in der Bettenzentrale **gewaschen** wird.

Das Grundgesetz endet am Ortenau Klinikum?

In die nächste Runde der Auseinandersetzungen ging es dann im Februar 2021, als das Bündnis für den Erhalt und Ausbau aller Ortenauer Kliniken (heute ist der Name Gesundheit ist keine Ware – Ortenau), eine Mahnwache am Ortenau Klinikum in Lahr abhalten wollte. Die Versammlungsbehörde bat den Sprecher Yannik Hinzmann darum, dem Ortenau Klinikum Bescheid zu geben, dass man eine Versammlung dort abhalten wollte. Doch der Klinikgeschäftsführer reagierte mit unrechtmäßigem **Verbot der Versammlung** sowie Androhung einer Strafanzeige, sollte das Gelände betreten werden. Letztlich musste dieser aber wieder einen Rückzieher machen, da das Recht auf Versammlungen auf öffentlichem Gelände durchaus zulässig ist.

Dieser Niederlage nicht genug, versuchte das Ortenau Klinikum mit einem **Hausverbot** im März 2021 gegen 3 Mitglieder des Bündnisses, die politische und gewerkschaftliche Arbeit zu verhindern. Vom Grundgesetz geschützt, wollten diese auf dem Klinikumsgelände am Ebertplatz mit Mitarbeiter:innen ins Gespräch kommen. Doch die Security rief die Polizei, welche rechtswidrig Personaldaten aufnahm und diese an das Ortenau Klinikum weiter gab, obwohl keine Straftat vorlag. Die Polizei entschuldigte sich im Nachhinein, das Klinikum erteilte Hausverbot und teilte mit, dass die Kliniken in Kehl und Offenburg, lediglich in einem Notfall noch genutzt werden könnten. Selbstverständlich hatte auch dieses Hausverbot **keinerlei rechtliche Grundlage** und so nahm das Klinikum nach einem Anwaltsschreiben und Androhung von Klage dieses zurück.

Kündigung einer Gewerkschafterin
Die Bilanz der Taktik Christian Kellers, einfach mit einer Übermacht an Steuergelder zu versuchen jede/n Kritiker:in unter Androhung von Anwält:innen und Klagen mundtot zu machen, egal ob es eine rechtliche Grundlage gibt oder nicht, sieht düster aus. Nichtsdestotrotz holte die Klinikgeschäftsführung zum nächsten Schlag gegen die aus, die für bessere Arbeitsbedingungen am Ortenau Klinikum kämpfen. So wurde eine Mitarbeiterin unter **fadenscheinigen Gründen** gekündigt. Behauptet wurde, sie hätte sich öffentlich schlecht über das Ortenau Klinikum geäußert. Als Beweis wurde eine Pressemitteilung des Bündnis Gesundheit ist keine Ware angeführt. Allerdings nur gegenüber dem Personalrat. Ihr selber teilte man lediglich mit, dass sie in der Probezeit ohne Angaben von Gründen gekündigt wird. Nun sind Kündigungen in der Probezeit vor Gericht meistens eindeutig zum Nachteil des/der Arbeitnehmer:in. Doch in diesem Fall machte das Klinikum den Fehler, dem Personalrat die Kündigung mit der **Meinungsäußerung** in einer Pressemitteilung schmackhaft zu machen. Dieser sprach sich trotzdem gegen die Kündigung aus.

Doch wie kam es überhaupt zu dieser Pressemitteilung? Frau B. hat/ hatte zwei Jobs. Einmal bei der Ortenauer Servicegesellschaft (OSG = Reinigungsfirma, die vor allem am Ortenau Klinikum zuständig ist), wo sie auch gleichzeitig Betriebsrätin ist und dann noch einen Halbtagsjob am Ortenau Klinikum. Zwei unterschiedliche Firmen also.
In ihrer Funktion als Betriebsrätin wollte sie im Februar am Ortenau Klinikum mit den Reinigungskräften sprechen und sie für den Kampf um bessere Arbeitsbedingungen bei der OSG, inkl. bessere Bezahlung (aktuell 11,11€ pro Stunde) gewinnen. Doch nach kurzer Zeit verwies man sie und ihre Kollegin des Hauses. Unrechtmäßig, da Betriebsrät:innen ein Recht haben, mit ihren Kolleg:innen zu sprechen.

Daraufhin kritisierte das Bündnis dieses Vorgehen und die schlechten Arbeitsbedingungen bei der OSG. Das Ortenau Klinikum nahm dies zum Anlass zu behaupten, dass die Betriebsrätin sich öffentlich schlecht über das Ortenau Klinikum geäußert hätte und eine weitere Zusammenarbeit nicht mehr möglich bzw. in ihrem Interesse sei. Frau B. hatte aber keine Silbe über das Klinikum verloren, weshalb sich der Verdacht auftut, dass hier aktive Gewerkschaftsmitglieder lieber im Voraus aussortiert werden, bevor sie an Personalratswahlen teilnehmen können. Gerichtlich stehen die Chancen relativ gut, dass

Frau B. wieder eingestellt wird. Dennoch muss sie sich bis zu ihrem Gerichtstermin, der erst 5 Monate nach ihrer Kündigung stattfinden wird, einen neuen Arbeitsplatz suchen.

Um die Broschüre nicht zu einem Buch werden zu lassen, endet das Kapitel Repression hier erst einmal. Noch nicht ausführlich beschrieben wurde, dass Facebook und Instagram Kommentare auf den offiziellen Seiten des Landratsamtes gelöscht wurden. Oder, dass die Kreisrät:innen versuchen, Bürger:innen, die ihnen Mails schreiben, anzulügen, sie hätten gar nicht für die Schließung von Oberkirch gestimmt, obwohl sie das getan haben.

KLINIKSCHLIEßUNG IN DER PANDEMIE

Im Jahr 2020 wurde das Klinikpersonal so stark belastet wie selten und auch 2021 machte die Nachricht die Runde, das die Häuser immer wieder an ihre Kapazitätsgrenzen gestoßen sind. In Lahr und Offenburg wurden die **Bettenkapazitäten mehrmals voll ausgeschöpft,** Patient:innen mussten auf andere Häuser verteilt werden. Und auch so bewies uns die Pandemie, dass eine dezentrale Krankenhausstruktur bitter nötig ist. Bei Corona Ausbrüchen an den einzelnen Standorten konnte man so den Klinikbetrieb an anderen Standorten aufrechterhalten. Hätten wir ein Zentralklinikum, müsste man bei solcheinem Ausbruch wie in Lahr um die Jahreswende, alle Operationen verschieben und das gesamte Klinikum unter Quarantäne stellen.

Man könnte also denken, dass aus Corona etwas gelernt wurde. Doch im Gegenteil. Am 04.05.21 beschloss der Kreistag mit **69 Ja Stimmen** die vorzeitige Schließung des Oberkircher Klinikstandorts zum **31.09.2021.** Um für die Nachwelt festzuhalten, wer von den Kreisrät:innen dafür und dagegen gestimmt hat, haben wir auf den nachfolgenden Seiten die Personen abgebildet.

Das sind die Klinikschließer!

Martin Aßmuth
(CDU, Hofstetten)

Lothar Bächle
(CDU, Oppenau)

Gabi Bär
(CDU, Achern)

Matthias Braun
(CDU, Oberkirch)

Wolfgang Brucker
(CDU, Schwanau)

Bernd Bruder
(CDU, Ohlsbach)

Gregor Bühler
(CDU, Sasbach)

Hans-Jürgen Decker
(CDU, Ottenhöfen)

Rudolf Dörfler
(CDU, Lahr)

Siegfried Eckert
(CDU, Gutach)

Thorsten Erny
(CDU, Gengenbach)

Karl Früh
(CDU, Achern)

Ingrid Fuchs
(CDU, Offenburg)

Stefan Hattenbach
(CDU, Kappelrodeck)

Wendelin Huschle
(CDU, Appenweier)

Klaus Jehle
(CDU, Hohberg)

Thomas Krechtler
(CDU, Renchen)

Bruno Metz
(CDU, Ettenheim)

Klaus Muttach
(CDU, Achern)

Jochen Paleit
(CDU, Ettenheim)

Heinz Rith
(CDU, Kehl)

Philipp Saar
(CDU, Haslach)

Ulrike Schmidt
(CDU, Ettenheim)

Edith Schreiner
(CDU, Offenburg)

Alexander Schröder
(CDU, Meißenheim)

Sonja Schuchter
(CDU, Achern)

Marco Steffens
(CDU, Offenburg)

Joachim Prinzbach
(Freie Wähler, Haslach)

Eberhard Roth
(Freie Wähler, Lahr)

Sanja Tömmes
(Freie Wähler, Kehl)

Erik Weide
(Freie Wähler,
Friesenheim)

Alfred Baum
(Grüne, Renchen)

Heike Dorow
(Grüne, Ettenheim)

Granderath Dorothee
(Grüne, Lahr)

Hans-Jörg Hosch
(Grüne, Neuried)

Günter Klasen
(Grüne, Kehl)

Renate Kohlund
(Grüne, Offenburg)

Ludwig Kornmeier
(Grüne, Appenweier)

Markus Schilli
(Grüne, Gengenbach)

Christoph Schönfelder
(Grüne, Friesenheim)

Martin Teufel
(Grüne, Zell a.H.)

Karl-Heinz Debacher
(SPD, Rust)

Manuel Tabor
(CDU, Appenweier)

Toni Vetrano
(CDU, Kehl)

Ulrike Armbruster
(Freie Wähler, Berghaupten)

Karl Burger
(Freie Wähler, Mühlenbach)

Valentin Dolll
(Freie Wähler, Sasbachwalden)

Uwe Gaiser
(Freie Wähler, Oppenau)

Thomas Geppert
(Freie Wähler, Wolfach)

Edgar Gleiß
(Freie Wähler, Achern)

Matthias Gutbrod
(Freie Wähler, Kippenheim)

Marco Gutmann
(Freie Wähler, Hohberg)

Christian Huber
(Freie Wähler, Willstätt)

Tobias Isenmann
(Freie Wähler, Offenburg)

Stefan Konbrecht
(Freie Wähler, Offenburg)

Rolf Mauch
(Freie Wähler, Lahr)

David Mild
(Freie Wähler, Neuried)

Joachim Prinzbach
(Freie Wähler, Haslach)

Eberhard Roth
(Freie Wähler, Lahr)

Sanja Tömmes
(Freie Wähler, Kehl)

Erik Weide
(Freie Wähler,
Friesenheim)

Alfred Baum
(Grüne, Renchen)

Heike Dorow
(Grüne, Ettenheim)

Granderath Dorothee
(Grüne, Lahr)

Hans-Jörg Hosch
(Grüne, Neuried)

Günter Klasen
(Grüne, Kehl)

Renate Kohlund
(Grüne, Offenburg)

Ludwig Kornmeier
(Grüne, Appenweier)

Markus Schilli
(Grüne, Gengenbach)

Christoph Schönfelder
(Grüne, Friesenheim)

Martin Teufel
(Grüne, Zell a.H.)

Karl-Heinz Debacher
(SPD, Rust)

Jens-Uwe Folkens
(SPD, Offenburg)

Martin Holschuh
(SPD, Schutterwald)

Kai-Achim Klare
(SPD, Rust)

Bernhard Kohmann
(SPD, Hausach)

Kans-Peter Kopp
(SPD, Offenburg)

Wolfgang G. Müller
(SPD, Lahr)

Guido Schöneboom
(SPD, Lahr)

Horst Siehl
(SPD, Rheinau)

Richard Weith
(SPD, Gengenbach)

Günter Geng
(AFD, Kehl)

Marc Sebastian Neff
(AFD, Biberach)

Alexander Reichert
(AFD, Offenburg)

Sven Rothmann
(AFD, Kippenheim)

Thomas Seits
(AFD,
Kappel-Grafenhausen)

Carsten Erhardt
(FDP, Nordrach)

Sie kämpfen für uns! Das sind unsere Helden!

Jana Schwab (LiLO, Willstätt)

Lukas Oßwald (LiLO, Lahr)

Wolfram Britz (SPD, Kehl)

Willi Keller (SPD, Offenburg)

Karlheinz Bayer (FDP, Bad Peterstal-Griesbach)

Clemens Späth (FDP, Nordrach)

Dieser Kreisrat hat sich enthalten!

Eberhard von Hodenberg (FDP, Lahr)

KRANKENHAUS WEG? WAS KOMMT STATTDESSEN?

Die Politiker:innen in der Ortenau versuchen uns alle damit zu beruhigen, dass die Notfallversorgung in Ettenheim und Oberkirch nicht gefährdet wäre, sollten die Kliniken dort schließen. Schließlich habe man sich ein „Nachtnutzungskonzept“ überlegt.
Doch bisher gibt es solch ein Konzept lediglich für Oberkirch und da hat es den Namen nicht wirklich verdient.

Wir erinnern uns, 2017 mit dem Start der Debatte um die Klinikschließungen hatte Oberkirch noch eine **Geburtenstation**, eine 24h 7 Tage die Woche offene **Notfallversorgung** und eine **Chirurgie**, die von 8-20 Uhr offen war. Zusätzlich gab es Intensiv- und Normalbetten, bei denen die Patient:innen wohnortnah versorgt werden konnten.

Jetzt soll Oberkirch ein Pflegeheim erhalten, bei dem es evtl. Genesungsbetten für ältere Patient:innen geben soll. Doch die **Finanzierung ist bisher noch unklar**. Zwar sagt der Kreis, er würde diese notfalls übernehmen, doch auf die Versprechen des Kreises kann man wenig geben, wie die Erfahrung zeigte. Gleichzeitig soll die Notfallversorgung nur noch Werktags 2 Stunden offen haben. Unfälle müssen also geplant werden oder man muss die längeren Wege nach Achern oder Offenburg auf sich nehmen. Mit Wartezeiten in den Notaufnahmen, die bis zu 6 Stunden gehen können. Frauen, die im Renchtal ein Kind bekommen, könnten zwar auf einen Hebammen Stützpunkt in Oberkirch zugreifen, doch für die **Entbindung** müssen sie letzten Endes dennoch **nach Offenburg oder Achern.** Das kann beim Feierabendverkehr von Oppenau durchaus 40-50 Minuten dauern, wenn dann überhaupt ein Bett frei ist.

In Ettenheim wird die Notfallversorgung nach dem Weggang von Frau Dr. Hase auch weiter eingeschränkt. Anstatt jemand neues einzustellen, hat der Kreistagsausschuss beschlossen, dass die Notfallversorgung am Wochenende und Feiertags nur noch 2 Stunden auf hat, anstatt 12 Stunden wie bisher. Menschen aus der Umgebung Ettenheim müssen sich dann ebenfalls auf **Fahrtwege** von um die **40 Minuten** einstellen. Anstelle eines Krankenhauses, soll in Ettenheim eine Geriatrie

aufgebaut werden, was quasi einer Reha- und Versorgungseinrichtung für ältere chronisch kranke Patient:innen entspricht. Die Notfallversorgung soll in Zukunft ganz abgebaut und nur noch am Lahrer Standort erfüllt werden.

In Kehl fordert der Oberbürgermeister Toni Vetrano schon gar nicht mehr den Klinikerhalt. Er will stattdessen ein „hochmodernes MVZ“ an der Grenze zu Frankreich errichten lassen. Kurz vor seiner Amtszeit setzt er sich auch dafür ein, dass am derzeitigen Krankenhausstandort in Kehl in Zukunft Wohnungen in bester Lage gebaut werden sollen. Die dort gebauten Wohneinheiten dürften dann Millionen wert sein.

Sind wir also gespannt, ob dann der gut mit der Politik vernetze "Star-Architekt der Ortenau" Jürgen Grossmann den Auftrag für eines dieser beiden Projekte bekommen wird. Oder vielleicht die Riel Hausverwaltung aus Kehl, welche bereits über Räume im MVZ am Klinikum in Kehl verfügt. Beide würden sich wahrscheinlich über eine Aufstockung ihres Immobilienportfolios dank Vetrano sehr freuen.

WAS BEDEUTET DER RECHTSFORMWECHSEL?

Am 18.05 empfahl die Mehrheit der Kreisrät:innen des GKA die eigene Auflösung und die Umwandlung des Ortenau Klinikums vom Eigenbetrieb in eine **Anstalt des öffentlichen Rechts.** Der endgültige Beschluss wird zwar erst am 20.07.21 gefällt, doch sollte bis dahin der öffentliche Druck nicht massiv wachsen, kann man von einer mehrheitlichen Zustimmung ausgehen.

In der Sitzung wurde ständig betont, dass man in der neuen Anstalt des öffentlichen Rechts nun endlich auch die Vertreter:innen von Verdi, Marburger Bund und des Personalrats als Beobachter:innen zulassen könnte. Somit würde die Demokratie gestärkt und das Personal hätte mehr Mitspracherechte. Am Ende stimmte aber die Mehrheit der Kreisrät:innen **gegen eine Beteiligung der Gewerkschaften.** Das ganze mehr Demokratiegerede war also Augenwischerei. So oder so stellt sich die Frage, warum im Eigenbetrieb nicht einfach schon auf das Personal oder die Gewerkschaften gehört wird. Denn derzeit kann der Ausschuss ebenfalls Sachverständiger:innen zu Sitzungen einladen. Er hat es nur nie getan. Ebenfalls steht jedem/jeder Kreisrät:in zu, sich mit dem Personal zu unterhalten. Auf den Hilferuf der Pflegekräfte in der Presse ist man bis heute nicht in den Sitzungen eingegangen. Es sieht also mehr nach einer Ausrede aus, um kritische Kreisrät:innen zu überzeugen und die Öffentlichkeit ruhig zu stellen.

Privatisierung noch nicht heute, aber später?
Auch versuchte Landrat Scherer in der Sitzung ständig darauf hinzuweisen, dass dies keine Privatisierung sei. Es mag sein, dass es jetzt noch keine Privatisierung ist. Kein normaler Investor kauft ein Klinikum, welches so an die Wand gefahren wurde. Denn jahrelang wurden Investitionen verzögert und im Zuge der „Agenda2030" Abteilungen geschwächt, indem man sie von einem Standort zum Nächsten verlegte. Investor:innen kaufen auch lieber große zentralisierte Klinikkomplexe und nicht dezentrale mit dem Fokus auf die Grundversorgung. Das können wir dem Landrat ausnahmsweise glauben. Doch wie sieht es in der Zukunft aus? Es geht hier nicht um heute oder morgen. Es geht darum, was in **10-12 Jahren** passiert, wenn die **Krankenhausfabrik** in Offenburg fertig gebaut und

Oberkirch, Ettenheim und Kehl geschlossen wurden. Denn der neue Verwaltungsrat tagt unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Wer Informationen ohne Zustimmung der Mehrheit des Rates nach Außen gibt, macht sich strafbar. Nur **ausgewählte Pressevertreter:innen** erhalten dann Zugang, wenn es gewollt ist. Die demokratische Kontrolle durch die Bevölkerung fehlt also komplett. Das bedeutet, der neue Verwaltungsrat kann munter Kredite aufnehmen, neue Chefarzt- und Direktorenverträge abschließen und somit die Privatisierung im Geheimen weiter vorantreiben. Später wird es dann heißen, das Klinikum hat so viele Schulden gemacht, wir müssen es jetzt privatisieren, da der Kreis die Kosten nicht mehr decken kann oder will. Und niemand will dann wieder gewusst haben, wie das passieren konnte.

Den Schaden haben aber die Steuerzahler:innen, die dann um die **1,5 Mrd.€ Steuergelder** in den Sand bzw. in die privaten Taschen von Klinikkonzernen versenkt haben. Gespart werden muss dafür dann beim öffentlichen Nahverkehr, den Schulen oder anderer öffentlicher Daseinsvorsorge.

Nicht vergessen dürfen wir auch, dass derzeit das Klinikum keine eigenständige juristische Person ist. Will Christian Keller also jemanden im Namen des Klinikums verklagen, dann muss dies derzeit der Landrat tun. Mit der Rechtsformänderung kann er das selbst in Auftrag geben. Da stellt sich die Frage, wollen wir solch einem Mann die Möglichkeit geben, mit unseren Steuergeldern seine Kritiker:innen nach Gutdünken zu verklagen? Denn schon jetzt versucht er, Hausverbote und Versammlungsverbote ohne Rechtsgrundlage zu erteilen.

Lohndumping und raus mit den kritischen Stimmen!
Bisher noch nicht beantwortet wurde auch, ob der Verwaltungsrat oder der Kreistag für einen Austritt aus dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes zuständig wäre. Genauso wie es sich mit Vergabe von Leistungen oder Räumlichkeiten an Dritte verhält. Landrat Scherer lobte nämlich, dass mit der Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR) das Klinikum die Möglichkeit erhält, einerseits eigenständig Kredite aufzunehmen, was faktisch einen **Schattenhaushalt** möglich macht und andererseits endlich mit privaten Anbietern besser zusammenarbeiten könnte. Was das bedeuten könnte, sehen wir zum Beispiel in Berlin. Dort verleiht die AöR an private Anbieter S-Bahn

Waggons und wartet diese. Die Profite kassieren aber die Privaten ein. Das Projekt der Rechtsformänderung scheint also lediglich ein Mittel zu sein, um zu versuchen, die **Klage** gegen die Klinikschließungen **aufzuhalten,** die Bevölkerung zukünftig ganz rauszuhalten und durch den Ausschluss der Linken Liste Ortenau aus dem Verwaltungsrat auch die letzte **kritische Stimme** im Kreistag **mundtot** zu **machen.** Zusätzlich baut der Kreis sich einen Schattenhaushalt auf, der fast keiner öffentlichen Kontrolle unterliegt. Das mag zwar im ersten Moment eine gute Taktik sein, um den Kreishaushalt zu entlasten, doch später könnte dies der Fallstrick der kompletten Privatisierung sein.

Wer also nicht will, dass die Gesundheitsversorgung dem Profit unterworfen und nach und nach in die Hände von privaten Anbietern gelegt wird, die unsere Steuergelder einkassieren, der sollte sich auch dringend gegen diese Rechtsformänderung stellen.

	Eigenbetrieb	**Anstalt des öffentlichen Rechts**
Wer entscheidet	Demokratisch gewählter Kreistag trifft Entscheidungen in öffentlichen Sitzungen.	Verwaltungsrat, bestehend aus Klinikdirektion, Landrat und ausgewählten Kreisrät:innen trifft Entscheidungen.
Finanzierung	Das Land BaWü ist gesetzlich dazu verpflichtet, die Investitionskosten zu übernehmen, tut dies aber nur zu 50%. Den Rest muss der Kreis aufbringen. Verluste können durch den Kreishaushalt und andere Eigenbetriebe ausgeglichen/gegengerechnet werden.	Klinikum kann für Investitionen eigenständig Kredite aufnehmen und muss mit Gewinnen die Zinsen zurückzahlen. Klinikum macht sich somit abhängig von Banken und wird auf Gewinn getrimmt. Der Kreis mus nur noch die Aufgabenerfüllung (Grundstrukturen sichern, zB. Notfallversorgung aufrecht erhalten) gewährleisten und haftet nicht gegenüber Dritten.
Haftbarkeit	Klinikum ist keine eigene juristische Person. Kritiker:innen werden direkt vom Landrat verklagt, was sich schlecht auf sein Ansehen auswirkt.	Klinikum wäre eine eigene juristische Person, das heißt, es kann eigenständig Rechtsmittel einlegen und z.B. Kritiker:innen verklagen.
Rolle des Landrats	Kein eigenes Stimmrecht	Er hat ein eigenes Stimmrecht
Öffentlichkeit/Presse	Die Bevölkerung bekommt alles mit, von Anfang an, da die meisten Sitzungen öffentlich sind.	Die Sitzungen sind nicht öffentlich, Bevölkerung und Presse sind also von den Sitzungen ausgeschlossen.

DIE LÜGEN DER VERWALTUNG

Wir wollen hier kurz einen Überblick über die Behauptungen der Kreis- und Klinikverwaltung aufzeigen, mit der man versucht, die Klinikschließungen zu rechtfertigen. Gleichzeitig wollen wir sie auch als falsche Behauptungen entlarven:

„Für kleine Kliniken finden sich nicht mehr bzw. nur schwer genügend Pflegepersonal/Niemand will mehr an kleinen Kliniken arbeiten."

Diese Aussage erweist sich nach einer Anfrage der LiLO Kreisrätin Jana Schwab als falsch. In der abgebildeten Grafik kann man erkennen, dass gerade an den kleinen Kliniken die Planstellen fast alle voll besetzt sind. Nach der Schließung in Oberkirch rudert das Ortenau Klinikum auch teilweise zurück, in der es in einer Pressemitteilung vom 04.05.21 ebenfalls bekannt gibt, dass man vor allem an den kleinen Kliniken eine überdurchschnittliche Personalbesetzung vorzeigen kann.

PD	unbesetzte Planstellen Febr. 2021 ohne Leiharb.				
	Ortenau Klinikum	Offenburg-Kehl	Lahr-Ettenheim	Achern-Oberkirch	Wolfach
Soll	1.177,12	617,36	335,10	165,33	59,33
Ist	1.093,78	565,30	306,56	163,97	57,95
Differenz	**-83,34**	**-52,06**	**-28,54**	**-1,36**	**-1,38**

„Die Kliniken Ettenheim, Oberkirch und Kehl werden noch mindestens bis zum Jahr 2030 weiter betrieben!"

Auch hier konnte man sich nicht auf die Kreis- und Klinikverwaltung verlassen. Die vorzeitige Schließung Oberkirchs wurde bereits beschlossen und die Schließung Ettenheims wird aktuell schon vorbereitet. Da das Krankenhauscafé keine Pachtverlängerung über 2024 hinaus bekommen hat, kann man auch in Kehl von einer früheren Schließung ausgehen.

„Die Rechtsformänderung bringt uns ein Mehr an Demokratie!“

Wie wir bereits im vorherigen Kapitel gezeigt haben, ist auch das eine Lüge. Der Verwaltungsrat tagt im Gegensatz zum GKA grundsätzlich nicht öffentlich. Die Verwaltung schreibt auch in ihrem Dokument, dass durch den Verwaltungsrat die „politische Emotionalität“ der Bevölkerung rausgenommen wird.

Weitere Behauptungen haben wir in unserer ersten Broschüre entkräftet und auf unserer Facebook Seite „Gesundheit ist keine Ware – Ortenau“. Schaut dort doch mal vorbei.

UNSERE VORSCHLÄGE FÜR EINE GUTE WOHNORTNAHE GESUNDHEITSVERSORGUNG!

Überfüllte Notaufnahmen, lange Wartezeiten für Facharzttermine und immer weitere Wege bis zum Krankenhaus. Wir alle kennen diese Probleme, die in den letzten Jahren immer weiter zugenommen haben. Der Pflegenotstand und Ärzt:innenmangel auf dem Land tun ihr übriges, um die Verschlechterung unserer Gesundheitsversorgung voranzutreiben. Der so oft hochgelobte Markt regelt das Problem nicht, wie es uns die Politiker:innen weiß machen wollen. Deshalb sagen wir, es muss Schluss damit sein, die Gesundheitsversorgung immer weiter nach Profitinteressen auszurichten. Der Staat muss endlich anfangen, wieder in Strukturen zu investieren und diese vor allem in ländlichen Regionen aufzubauen.

Da der Ortenaukreis der flächengrößte Landkreis in Baden-Württemberg ist, **brauchen** wir unsere aktuellen **7 Klinikstandorte**. Lange Fahrtwege können Menschenleben kosten und schrecken davor ab, Angehörige im Krankenhaus zu besuchen. Doch um eine gute Versorgung an den einzelnen Standorten in der Ortenau gewährleisten zu können, müssen diese mindestens zur stationären Notfallversorgung ausgebaut werden. Das heißt, **eine zentrale Notaufnahme,** die 24h, 7 Tage die Woche besetzt ist und die

Fachabteilungen Chirurgie und Innere vorhält. Die kleineren Kliniken müssen z.B. im Falle von Herzinfarkten, Schlaganfällen oder Sepsis die Patient:innen stabilisieren und dann per Hubschrauber in die Spezialkliniken fliegen können. Oder man schaltet eine/n Ärzt:in aus einer Spezialklinik per Telemedizin dazu. So können wertvolle Menschenleben gerettet werden.

Menschenfreundliche Gesundheitsversorgung
Die Zentralisierung von Geburtenstationen war unserer Meinung nach der falsche Weg. Im Kreistag entscheiden hauptsächlich ältere Männer darüber, dass hochschwangere oder in den Wehen liegende Frauen dutzende Kilometer weit in eine Abfertigungsanlage fahren müssen. Wir sagen, es braucht wieder dezentrale Geburtenstationen, um die Geburt angenehm und wohnortnah erfolgen lassen zu können.

Doch ein gut ausgebautes Krankenhaus bringt nichts, wenn es nicht genügend Personal gibt. Den immer weiter ansteigenden Kündigungszahlen wollen wir etwas entgegensetzen. **Mehr Mitspracherechte** für das Personal, flachere Hierarchien und die Wahl des/der Klinikgeschäftsführer:in durch die Mitarbeiter:innen. Damit die Menschen beim Ortenau Klinikum bleiben, muss ihnen eine Perspektive gegeben werden. Hierfür muss der Kreistag eine Resolution an die Bundes- und Landespolitik richten und sich aktiv für bessere Arbeitsbedingungen einsetzen. Bis Land und Bund das aber umsetzen, muss der Kreis die Sparpläne einstellen und finanziell für einen höheren Personalschlüssel Gelder zur Verfügung stellen. Da Wertschätzung sich auch in der Bezahlung deutlich macht, fordern wir eine bessere Bezahlung für Klinikmitarbeiter:innen. Ausgenommen hiervon sind Chefärzt:innen, Direktor:innen und der/die Klinikgeschäftsführer:in, da diese derzeit bereits im **sechstelligen Bereich** abkassieren.

Eine erhöhte Kreisumlage, die Umschichtung von Geldern, die für Umfahrungen oder den Bau der Krankenhausfabrik in Offenburg geplant sind, könnten hier fürs erste Abhilfe schaffen. Klar ist aber, auf Dauer müssen die Investitionskosten beim Land eingeklagt (rechtlich stehen die uns zu) und der Druck auf die Bundespolitik erhöht werden.

Aufbau von medizinischen Versorgungszentren

Aktuell versucht der Kreis im Rahmen seiner sogenannten „Nachnutzungskonzepte“ auch mehr oder weniger, den Aufbau von medizinischen Versorgungszentren (MVZ) an den ehemaligen Klinikstandorten voranzutreiben. Diese Idee ist an sich nicht schlecht, doch weist sie erhebliche Mängel auf. Zum Beispiel fordern die Grünen, dass mit privaten Anbietern vor Ort zusammengearbeitet wird. Wir aber sagen, der Staat muss die MVZs betreiben, um die Versorgung sicherstellen zu können. Immer mehr Ärzt:innen wollen auch nicht mehr selbständig, sondern im Angestelltenverhältnis arbeiten. Um die Kontrolle über den Aufbauprozess zu halten, fordern wir auch, dass der Kreistag die MVZs als Eigenbetriebe führt. Somit kann die Politik den Ärzt:innenmangel auf dem Land effizienter bekämpfen und die Ressourcen besser steuern. Der Kreistag hat in seiner letzten Sitzung bereits **100 Millionen €** hierfür genehmigt. Diese nun an private Anbieter auszuschütten wäre ein Fehler.

Unsere Forderungen an den Kreis:

1. Mehr Personal einstellen!

2. Vorhandenes Personal motivieren/wertschätzen!

3. Alle Klinikstandorte erhalten und ausbauen!

4. Klinikgeschäftsführer Keller sofort entlassen!

5. Klage gegen das Land Baden-Württemberg!

Eine zu starke Zentralisierung der MVZs, wie sie bei den Kliniken geplant ist, ist ebenfalls abzulehnen. Grundsätzlich muss die Grundversorgung in jedem Dorf und jeder Stadt gewährleistet werden. Wir sind uns aber bewusst, dass der Kreis allein die Kosten nicht tragen kann. Deshalb muss dieser die Strukturen so aufbauen, dass auch von Dörfern aus die Versorgungszentren binnen 10 Minuten erreichbar sind. Hierzu zählt auch der **Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs** mit einer halbstündigen Taktung in jedes Dorf zur Tageszeit.

ABSCHLIEßENDE WORTE

Der Kampf um den Erhalt der Ortenauer Kliniken zieht sich nun schon seit 2017 hin. Wir können sicher sein, dass wenn wir und zahlreiche Bürger:innen nicht aufgestanden und gekämpft hätten, die Kliniken längst geschlossen wären. Die letzte Anfrage der Linken Liste Ortenau zeigt aber auch, dass Keller und Scherer längst die Schließungen von Kehl und Ettenheim geplant haben.

Die Freien Wähler haben im Kreistag den Auftrag erteilt, ohne Denkverbote zu prüfen, wie das Defizit von 280 Millionen € bis 2030 gesenkt werden kann. Daraufhin hat Christian Keller die vorzeitige Schließung von Oberkirch und Ettenheim ins Spiel gebracht. Doch eine Anfrage an Landrat Scherer brachte zu Tage, dass die Schließung bereits mit einberechnet wurde. Das angegebene Defizit wird also durch diese Beschlüsse nicht sinken. Das dürfte vielen Kreisrät:innen bisher nicht klar sein, denn im Kreistag wurde immer wieder betont, dass die Schließungen notwendig seien, um das Defizit zu senken. Ob das Defizit auch so korrekt ist, steht in den Sternen. Wie der Klinikgeschäftsführer auf diese Zahlen kommt, bleibt nämlich weiter im Dunkeln.

Aktuell sind wir auf der Suche nach ca. **8 Millionen €** Kostensteigerungen, die uns die Kreisverwaltung bisher nicht erklärt hat. Darunter bezogene Leistungen, die in einem Jahr um 6 Millionen € angestiegen sind und normalerweise u.a. die Ausgaben für **externe Berater:innen** beinhaltet. Warum die Zentralisierung der Apotheke bisher die Ausgaben für Hilf-,Betriebs- und Rohstoffe nicht wie versprochen gesenkt hat, ist ebenfalls noch offen.

Blickt man so auf die Bilanz des Ortenau Klinikums und beachtet, dass die Investitionskosten normalerweise gesetzlich zu 100% vom Land übernommen werden müssten, steht das Ortenau Klinikum sogar eigentlich sehr gut da. Es würde dann sogar leichte Gewinne erwirtschaften. In den Medien und von der Politik bekommen wir aber leider immer wieder nur das drohende und angeblich aktuelle Defizit serviert. Wie dieses Zustande kommt, wird nicht genau analysiert.

Fest steht, wir erleben gerade den **Ausverkauf** unserer **ortsnahen Gesundheitsversorgung,** die von unseren Steuergeldern aufgebaut wurde. Wenn wir uns dagegen nicht aktiv wehren, mit Demonstrationen, Leserbriefen, Ansprechen von Kreisrät:innen und anderen Aktionen, dann werden wir diese nach und nach verlieren. Mag sein, dass es für den Ein oder Anderen aktuell noch kein Problem sein mag. Doch spätestens wenn wir 8 Stunden in der Notaufnahme verbringen (aktuell schon keine Seltenheit) oder im Krankenhaus auf dem Flur liegen müssen (auch das gibt es bereits), werden wir uns an diese Tage erinnern. Die Frage ist dann, hast du etwas dagegen unternommen oder nur zugeschaut?

Ihr wollt den Kreisrät:innen schreiben, oder uns anderweitig unterstüzen? Dann meldet euch bei uns, wir helfen sehr gerne weiter!

gute-gesundheit-fuer-alle@web.de

V.i.S.d.P.
Lukas Matz
R12
Rammersweierstraße 12
77652 Offenburg

Protestaktion vor dem Landratsamt gegen Klinikschließungen im Mai 2018

Protestaktion gegen die Agenda2030 im Juli 2018

Rede eines französischen Gewerkschafters in Offenburg auf einer Demo gegen die Klinikschließungen

Protestaktion auf dem Gengenbacher Weihnachtsmarkt 2019

Protestaktion der Pflegekräfte vor dem Ortenau Klinikum
Anfang 2020

Demonstration
17.07 14 Uhr
Offenburger Busbahnhof

Facebook: Gesundheit ist keine Ware - Ortenau
Instagram: gesundheitistkeineware.ortenau
E-mail: gute-gesundheit-fuer-alle@web.de